

## Dokumentiert:

*Erklärung nach § 31 GO der Abgeordneten Hans-Joachim Hacker und Götz-Peter Lohmann (beide SPD) zur Abstimmung über den Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des AAÜG*

## »Rentenstrafrecht ist Unrecht«

(Petra Pau)

In den späten Abendstunden des 12. Mai (gegen 22.00 Uhr) hat der Deutsche Bundestag das »Erste Gesetz zur Änderung des Anwartschaftsüberführungsgesetzes« (Änderung der sog. E-3-Regelung) im wahrsten Sinne des Wortes »durchgepeitscht«. Gesetzentwurf und Beschlussempfehlung des Ausschusses für Gesundheit und Soziale Sicherung lagen als Drucksache vor. Berichterstatter und Redner der Koalitionsparteien gaben ihre Redebeiträge zu Protokoll. Auch eine Erklärung der SPD Abgeordneten Hans-Joachim Hacker und Götz-Peter Lohmann gem. § 31 der Geschäftsordnung wegen »erheblicher verfassungsrechtlicher Risiken« des Gesetzentwurfs wurde nur zu Protokoll genommen. Der Gesetzentwurf wurde schließlich in Anwesenheit von ca. 10 Prozent der Abgeordneten des hohen Hauses (Schätzung eines anwesenden Zuschauers) innerhalb von 10 Minuten gegen die Stimmen der Abgeordneten Dr. Gesine Lötzsch und Petra Pau angenommen.

Allein Petra Pau sprach zu den anwesenden Abgeordneten. Hier ihr Redebeitrag:

... Am 23. Juli 2004 hat das Bundesverfassungsgericht geurteilt: Das geltende Recht für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger der DDR in der Bundesrepublik ist verfassungswidrig. Das Ganze hat eine Vorgeschichte, an der alle bisherigen Bundesregierungen beteiligt waren. Der gewollte Kardinalfehler war: Das Rentensystem sollte als Strafsystem missbraucht werden. Die PDS hat immer gemahnt, dass das sachfremd und politisch falsch ist. Es ist auch rechtlich falsch, wie das Verfassungsgericht festgestellt hat. Nun soll es erneut geändert werden. Aber auch mit der heute zur Abstimmung stehenden Vorlage bleibt der Kardinalfehler erhalten. Auch das neue Gesetz bricht nicht mit dem eingeführten Rentenstrafrecht. Es verschärft es sogar.

Mit dem von Ihnen eingefügten Stichtag sollen auch Mitglieder der so genannten Regierung der nationalen Verantwortung, der Modrow-Regierung, wie auch die DDR-Bürgerrechtler Sebastian Pflugbeil oder postum der unbedeckte bündnisgrüne Demokrat Wolfgang Ullmann und übrigens auch der Kollege Eppel-

mann mit Rentenentzug bestraft werden. Wer so etwas vorlegt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er als inkompotent und unsozial kritisiert wird. Aber es geht heute nicht nur um Inkompotenz. Es geht auch um Vorsatz und um Unrecht. Im aktuellen Änderungsgesetz steht die Rente aus staatsnahen Versorgungssystemen der DDR und für damalige Abteilungsleiter im Staatsapparat zur Diskussion. Das muss geändert werden. Aber das verfügte Unrecht geht viel weiter. So haben zum Beispiel Ingenieure und weitere Beschäftigte der Interflug - der DDR-Luftfahrtgesellschaft – Beiträge für eine Zusatzrente gezahlt, die ihnen nach der Vereinigung schlüssig aberkannt wurden. Ich könnte weitere Beispiele zum Rentenunrecht nennen. Sie erinnern sich vielleicht, dass sich Balletttänzerinnen und -tänzer in der DDR versichern konnten, weil ihre Berufsperspektive überschaubar und altersbegrenzt war. Es ging dabei nie um unangemessene Reichtümer. Es ging vielmehr um bezahlte soziale Sicherheiten im Alter. Auch diese wurden nach der Wiedervereinigung getilgt. Alle, die das Rentenunrecht nicht hinnehmen wollten, mussten sich durch die Instanzen klagen. Die PDS hat sie dazu ständig ermutigt. Zumeist haben sie vor dem Bundesverfassungsgericht Recht bekommen. Das spricht gegen die Politik der Bundestagsmehrheit; denn fast alle Fraktionen in diesem Haus haben das Rentenstrafrecht befürwortet. Die PDS war und ist dagegen, weil wir es ablehnen, dass ein Versicherungssystem politisch missbraucht wird. Ich bin ebenfalls dagegen, dass DDR-Bürger länger diskriminiert werden, nur weil sie Bürger der DDR waren. So wird zum Beispiel in Bayern auf Fragebögen noch immer als verfassungsfeindlich verdächtigt, wer zu DDR-Zeiten Bienen gezüchtet hat oder mit Mitmenschen solidarisch war.

Deshalb abschließend: Ich verteidige hier heute Abend nicht die DDR, sondern ich rede gegen den Blödsinn, der nun in der Bundesrepublik verzapft wird. Das Rentenstrafrecht gehört dazu; es ist Unrecht. Deshalb bin ich dagegen.

Mehr unter [www.petrapau.de](http://www.petrapau.de) oder unter [www.gesineloetzsch.de](http://www.gesineloetzsch.de)

Mit dem heute zur Verabschiedung stehenden Gesetz werden Forderungen aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 23. Juni 2004 (1 BvL 3/98) umgesetzt. Soweit die bisherigen Entgeltbegrenzungen damit aufgehoben werden, ist dem zuzustimmen. Das zur Abstimmung stehende Gesetz ist jedoch inkonsistent, da nach diesem weiterhin für bestimmte Personengruppen Entgeltbegrenzungen fortbestehen sollen. Diese Fortgeltung wird nach unserer Auffassung vom Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes im oben genannten Verfahren nicht getragen. Diese Feststellung bezieht sich insbesondere auf folgende Aussagen des Bundesverfassungsgerichtes: Die Unzulässigkeit der im Gesetz enthaltenen Typisierung ergibt sich aus der Wahl der in die Rentenkürzung einbezogenen Berufsgruppen. Es gibt keine hinreichenden tatsächlichen Erkenntnisse dafür, dass für die von der Neuregelung betroffenen Personengruppen überhöhte Arbeitsentgelte gezahlt wurden, die eine Begrenzung in der vorgesehenen Weise rechtfertigen. Auch mit der Neuregelung wird von der Vermutung eines überhöhten Einkommens ausgegangen, die aus einem tatsächlichen hohen Einkommen abgeleitet wird. Mit der Neuregelung werden Wertungswidersprüche in der Rentengewährung aufrechterhalten, die darin zu sehen sind, dass die erfassten Personengruppen zum einen gegenüber Versicherten mit Anspruch auf eine Zusatzversorgung, deren Versorgungssystem von den Entgeltbegrenzungsvorschriften nicht erfasst wird, zum anderen gegenüber Versicherten, deren Versorgungssystem zwar erfasst wird, deren Entgelte jedoch die E-3-Grenze nicht erreichen, benachteiligt werden. Der Kürzungsmechanismus widerspricht dem Gleichheitsprinzip, weil er alle von ihm erfassten Arbeitsentgelte zwangsläufig auf das Durchschnittseinkommen kürzt und den Betroffenen in der Regel weit hinter den Rentenbetrag zurückfallen lässt, der ihm für eine vorherige Tätigkeit gewährt wird. Es muss bezweifelt werden, ob die Behauptung, dass die Betreffenden versorgungsseitig als Mitglieder eines Gesamtkonzeptes der Selbstprivilegierung anzusehen sind, von den Feststellungen im Beschluss des Bundesverfassungsgerichtes vom 23. Juni 2004 (1 BvL 3/98) getragen wird. Wegen der vorstehenden Kritikpunkte muss davon ausgegangen werden, dass das zur Verabschiedung vorgelegte Gesetz erhebliche verfassungsrechtliche Risiken beinhaltet.

# Braucht der Osten ein soziales Infrastrukturprogramm?

von Dr. Wolfgang Stuchly - Pressesprecher

Unter diesem Thema lud der Bundesverband der Volkssolidarität am 12. Mai 2005 zu einem sozialpolitischen Fachgespräch ein.

Bundesgeschäftsführer Dr. Bernd Niederland eröffnete die Veranstaltung und begrüßte Sozialwissenschaftler, Sozialpolitiker sowie engagierte Funktionäre, Vertreter der Gliederungen der Volkssolidarität und anderer Verbände, so auch ISOR e. V., sowie namentlich die Sozialministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Frau Dr. Marianne Linke, und den stellvertretenden Vorsitzenden des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Dr. Eberhard Jüttner.

Prof. Dr. Gunnar Winkler, Präsident der Volkssolidarität, erläuterte ein Eckpunktepapier des Bundesverbandes für ein »soziales Infrastrukturprogramm für die neuen Bundesländer«, was allen schriftlich vorlag. Er bezeichnete das Dokument als Anregung, nicht als abgeschlossenes Konzept, und lud zur schöpferischen Diskussion dazu ein.

Unter sozialer Infrastruktur werden alle Bereiche zusammengefasst, die letztlich das soziale Lebensniveau der Gesellschaft in den einzelnen Regionen und Kommunen bestimmen. Dazu zählen vor allem die konkrete Situation der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, des regionalen Verkehrswesens, die Wirkungen der Wissenschaft, das Angebot und das Niveau von Kultur und Bildung, die gesundheitliche Versorgung und die konkreten Wohnbedingungen,

Zeichnung: Heinz Breuer, Waren



die bürgernahe Arbeit der Ämter und die Wirkungsmöglichkeiten von Vereinen, Verbänden und Initiativen. Soziale Infrastruktur ist somit wesentlicher Bestandteil des Niveaus der gesamtgesellschaftlichen Lebensbedingungen in der jeweiligen Region, also der konkreten Lebensqualität jedes Einzelnen.

Das vorgelegte Eckpunktepapier für eine solche soziale Infrastruktur im Osten gliedert sich in drei Abschnitte:

1. Analyse der aktuellen Situation in den Regionen Ostdeutschlands
2. Schwerpunkte eines sozialen Infrastrukturprogramms
3. Finanzierung eines solchen sozialen Infrastrukturprogramms

Zur Situation in den Regionen Ostdeutschlands wird u. a. festgestellt:

- In vielen Regionen und Bereichen Ostdeutschlands brechen wegen der fehlenden Finanzen soziale und sozial-kulturelle Strukturen auseinander,
- die Verschlechterung der Lebensbedingungen im Osten, besonders für Kinder, Jugendliche, Alte und Behinderte, vor allem im ländlichen Raum, ist mit vielen sozialen Problemen verbunden (Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Vergreisung, Kaufkraftverringerung, Reduzierung der Mobilität und der Grundversorgung),
- für viele ehemalige DDR-Bürger wird das Lebensniveau auf die Höhe der Sozialhilfe reduziert, bisher unbekannte Einrichtungen, wie Suppenküchen und Obdachlosenunterkünfte, werden für viele praktische Realität, aber selbst die sind immer schwerer finanziert.

Ausgehend von dieser komplizierten Situation wird im Eckpunktepapier auf folgende Schwerpunkte orientiert:

- Auflage eines Programms für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in den Bereichen Soziales und Umwelt in besonders strukturschwachen Regionen,
- Finanzhilfen für soziale Dienste und Einrichtungen im Bereich freie Wohlfahrtspflege,
- Sicherung der hausärztlichen Versorgung und anderer Dienstleistungen in den Bereichen Gesundheit und Pflege in den Schwerpunktregionen,
- finanzielle Zuschüsse für soziale Einrichtungen gemeinnütziger Träger,
- Unterstützung sozialer Integration in den örtlichen Bereichen durch Basisfinanzierung (Seniorencentren, Frauenzentren, Kinder- und Jugendarbeit u. a.).

Zur Finanzierung eines derartigen sozialen Infrastrukturprogramms orientiert die Volkssolidarität, über den sinnvollen Einsatz vorhandener Mittel ggf. neu nachzudenken sowie darüber zu entscheiden, dass von dem Gesamtumfang des Solidarpaktes II in Höhe von 156 Milliarden EURO (Zeitraum 2005–2019) für soziale Infrastrukturmaßnahmen im Osten umgehend (2005 und 2006) mindestens 5 Milliarden Euro für eine erste Phase verwendet werden.

Es ist davon auszugehen, dass nach einer Anfangsphase in Ostdeutschland das soziale Infrastrukturprogramm auch auf analog betroffene Regionen in den alten Bundesländern auszudehnen ist (Ruhrgebiet, Bremerhaven u.a.).

Der ISOR-Vorstand hat diese Vorschläge des Bundesvorstandes der Volkssolidarität zur Kenntnis genommen, sind doch viele unserer Mitglieder von den Wirkungen der sozialen Entwicklung in Ostdeutschland unmittelbar betroffen. Der Vorstand erklärt seine vorbehaltlose Unterstützung für das Konzept einer sozialen Infrastruktur in den Schwerpunktregionen Ostdeutschlands.

Er fordert alle TIG auf, Initiativen in den geschilderten Richtungen vor Ort aktiv zu unterstützen. Wir versprechen uns davon wesentliche Verbesserungen für die Lebensqualität unserer Mitglieder und bessere Bedingungen für den solidarischen Kampf um unsere ureigensten Interessen, der Überwindung des Rentenstrafrechts.

## Der Vorstand teilt mit:

Der Vorstand begrüßte auf seiner Sitzung im Mai als Gast Herbert Becker, Vorsitzender Ehemalige im Landesverband Ost des DBwV. Er informierte über die Ergebnisse der Landesversammlung des Bundeswehrverbandes Ost. In einer Reihe von Fragen, darunter auch beim Thema Wertneutralität des Rentenrechts, konnten die Mitglieder des Vorstandes übereinstimmende Auffassungen feststellen. Das gilt auch für die Bekräftigung der Solidarität im Kampf gegen den Sozialabbau, die insbesondere im gemeinsamen Wirken in regionalen Bündnissen für soziale Gerechtigkeit ihren Ausdruck findet.

Die Recherchen zu den Einkommensverhältnissen sowie der Qualifikationsstruktur im MfS, der NVA und dem MdI stellen sich als äußerst aufwändig heraus. Dazu werden die Mitglieder informiert, sobald sich erste Ergebnisse abzeichnen.

Der Vorstand stimmt darin überein, dass die Klagen bei den ab 01.07.05 aufgrund der neuen Rechtslage bestehenden Rentenstrafrechtsfällen nach Vorliegen der Voraussetzungen (neuer Bescheid) von den Betroffenen fortgeführt bzw. unverzüglich eingeleitet werden sollten. ISOR ist auch bereit, die Vertretung der

► Fortsetzung auf Seite 3

**► Fortsetzung von Seite 2**

neuen Opfer der Strafrentenpraxis (Richter, Staatsanwälte, Parteifunktionäre usw.) zu unterstützen wenn diese Mitglieder von ISOR sind oder werden.



Die Möglichkeit vorgezogener Bundestagswahlen bereits im September 2005 erfordert sofortige Aktivitäten der TIG. Um diese Wahlen

für die Erhebung unserer Forderungen und die Anprangerung des verfassungswidrigen Strafrentensystems nutzen zu können, müssen unabhängig von der noch offenen Entscheidung bereits jetzt Vorbereitungen anlaufen, um nicht in der Sommerpause stecken zu bleiben. Der Vorstand wird dazu kurzfristig eine Information an die TIG-Vorstände herausgeben.



Zur Mitgliederbewegung musste festgestellt werden, dass sich trotz einer erfreulichen Steigerung von Neuaufnahmen die Mitgliederzahl um ca. 300 Personen verringert hat, was vor allem durch die wachsende Zahl verstorbener Mitglieder bedingt ist. Die Gewinnung neuer Mitglieder, insbesondere aus den rentennahen Jahrgängen, muss weiterhin im Zentrum unserer Anstrengungen bleiben.



Anlässlich des 60. Jahrestages der Befreiung vom deutschen Faschismus und als Auftakt zu den Vereinswahlen führte unsere TIG Leipzig am 28. April 2005 eine Veranstaltung mit zahlreichen Gästen, u. a. Vertretern der TIG des Regierungsbezirkes Leipzig und der TIG Altenburg, durch. Herzlich begrüßt wurden Gen. Dr. Joachim Mitdank, Botschafter a.D., der Landesbeauftragte von ISOR für Sachsen, Horst Eismann, sowie Vertreter von Sozialverbänden und Vereinen aus Leipzig, die im Arbeitskreis Senioren mitarbeiten. In seinen einleitenden Worten würdigte der Vorsitzende unserer TIG, Wolfgang Henter, den 60. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus, machte auf die aufkommende rechte Gefahr aufmerksam und forderte dazu auf, nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg zuzulassen. Mit gespannter Aufmerksamkeit und großem Interesse folgten die Anwesenden den Ausführungen des Gen. Mitdank. Eindrucksvoll und überzeugend erläuterte er an Hand seines Buches »Berlin zwischen Ost und West, Erinnerungen eines Diplomaten«, die unterschiedliche Ausgangslage und Interessen der Großmächte vor und nach Beendigung des 2. Weltkrieges und ihren Einfluss auf die Entwicklung Deutschlands. Lebendiger Geschichtsunterricht waren seine Darlegungen von den schweren Anfangsjahren bis hin zum Ende der DDR und die heutige Zeit, angereichert mit interessanten Fakten aus seiner langjährigen Tätigkeit im diplomatischen Dienst.

Horst Eismann gab mit seinen Ausführungen eine Orientierung für die kommenden Wahlen in den TIG. Er betonte die Notwendigkeit des weiteren Kampfes um Rentengerechtigkeit. Ausgehend von den Festlegungen der außerordentlichen Vertreterkonferenz vom 08.10.04 in Berlin sowie den Beratungen und Aktivitäten des ISOR-Vorstands gab er einen Überblick zum aktuellen Stand unseres Kampfes und den weiteren Aufgaben. Schwerpunkte dabei insbesondere die Mitgliedergewinnung, vor allem unter ehemaligen Angehörigen des MfS sowie die Weiterführung des politischen Druckes zur Durchsetzung unserer Forderungen. In seinen Schlussbemerkungen orientierte

Wolfgang Henter für die kommende Zeit darauf, die politische Aktivität weiter zu erhöhen, die Aktivisten und Befähigten in die Vorstände zu wählen, mitzuholen, damit die PDS 2006 wieder als Fraktion in den Bundestag einzieht und die Mitgliederentwicklung weiter voranzubringen.

**Siegfried Lorenz**



Am 18. Mai 2005 traf sich der erweiterte Vorstand der TIG Berlin-Köpenick mit seinen Basisgruppenleitern sowie Vertretern der GBM e.V. und GRH e.V. Anlass bot das Schreiben der Vorsitzenden Prof. Dr. Richter (GBM), Horst Parson (ISOR) sowie Prof. Dr. Mechler (GRH) an den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Franz Müntefering, der Entwurf eines ersten Gesetzes zur Änderung des AAÜG, sowie auch das berüchtigte Antwortschreiben Mompers an Dr. Mitdank, in welchem er diesem anerkannten Diplomaten und Botschafter a.D. in rigider und anmaßender Weise fehlendes rechtsstaatliches Bewusstsein zur Beurteilung von Maßnahmen der ehemaligen DDR vorwarf. Es lag also nahe, dass wir Joachim Mitdank als Gast zu uns einluden und ihm unsere besondere Hochachtung für seine vielfältigen Aktivitäten im Kampf gegen das Rentenstrafrecht und für seine brillante Aufarbeitung deutscher Geschichte in seinem Buch »Berlin zwischen Ost und West Erinnerungen eines Diplomaten« aussprachen.

Dementsprechend waren auch seine Ausführungen von großer Sachkenntnis und aktuellem Bezug geprägt. So bräuchte, um nur ein Beispiel zu erwähnen, Außenminister Fischer bei seinen Mitarbeitern keine Durchleuchtung auf braune Vergangenheit vorzunehmen. Die kommt erstens zu spät und zweitens könnte er eine lückenlose Liste und Nachweisführung bei Mitdank abrufen, um Zeit zu sparen. Von der rentenrechtlichen Bevortheilung dieser Leute durch die amtierenden Bundesregierungen gar nicht erst zu sprechen. Wir stimmten auf dieser Beratung überein von allen bisher praktizierten juristischen Mitteln und Möglichkeiten weiterhin Gebrauch zu machen, um den »rentenver-

sicherungsrechtlichen Rachefeldzug« (Prof. Dr. Azzola) endlich zu stoppen. Wir waren uns letztlich darin einig, dass in der Gemeinsamkeit und dem Zusammengehen unserer Verbände gegen das Rentenstrafrecht auch noch viele Reserven zu suchen sind.

Dr. Wolfgang Leupold (ehemaliger Staatssekretär), der als Vertreter der GBM an der Tagung teilnahm und selbst auch ein vom Rentenstrafrecht Betroffener ist, schrieb z.B. an die Hochkommissarin für Menschenrechte Frau Louise Arbour im UNO Zentrum für Menschenrechte in Genf und forderte sie auf, dass die zuständigen Organe der Vereinten Nationen Gelegenheit nehmen, die Bundesrepublik zu veranlassen, ihren übernommenen menschenrechtlichen Verpflichtungen, die sie immer wieder von anderen Staaten einfordert, in ihrem eigenen Land gerecht zu werden.

Dr. Wilhelm Schartau (Vorsitzender der GRH Köpenick) verdeutlichte nochmals die aktive Bereitschaft vor allem seiner ehemaligen Mitstreiter in der VP alle noch vom Rentenstrafrecht betroffenen Genossen und Freunde durch weitere wirksame Maßnahmen und Aktivitäten zu unterstützen.

Wir werden und müssen also erneut in Karlsruhe antreten und streiten. Daran ließen alle an der Beratung teilnehmenden Freunde keinen Zweifel. Dabei sind wir natürlich auch nicht einseitig in unserem Denken und Handeln gepolt. Wir wissen sehr gut, dass es in der SPD und auch in anderen Parteien Kräfte gibt, die die gegenwärtig gefahrene Linie ihrer Führungen im Rentenstrafrecht anzweifeln, zumindest davor warnen, den Bogen nicht zu überspannen. Noch unterwerfen sie sich dem Fraktionszwang ihrer Parteien. Das dürfte und kann nicht auf Dauer taktisch klug und erfolgversprechend sein. Auch davon sind wir fest überzeugt.

Petra Pau hat diesen unhaltbaren Zustand als einzige Rednerin am 12.05.05 im Bundestag auf den Punkt gebracht.

Wir ziehen den Hut vor den beiden mutigen Frauen Petra Pau und Gesine Lötzsch.

Wir waren uns letztlich darin einig, die PDS muss wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag einziehen. Sie ist gegenwärtig und auch für längere Zeit die einzige und konsequente Sachwalterin unserer Interessen.

**Klaus Buchner**



Am 25.05.2005 führten wir, zum jährlich wiederholten Mal, einen Erfahrungsaustausch des Vorstandes der TIG Schmalkalden-Bad Salzungen mit den mit uns zusammenarbeitenden Vorsitzenden des BRH, des Bundeswehrverbandes und der Kameradschaft »Florian Geyer« des ehemaligen Regiments der Grenztruppen der DDR Dermbach durch. An der Beratung nahm in bewährter Weise das Mitglied des Beirates beim ISOR-Vorstand, Walter Menz, teil. Der Vorstand der TIG informierte zum Stand des Kampfes um Rentengerechtigkeit, sowie der Beseitigung des Rentenstrafrechtes und dankte für die anhaltende Solidarität unserer Partner in diesen Bemühungen.

Wir konnten über 81 Petitionen (67 Prozent unserer Mitglieder) an den Petitionsausschuss des Bundestages, das Bundesverwaltungsamt und an die Birthlbehörde, zur Aufhebung jeder weiteren Diskriminierung gegen Betroffene berichten.

Die anwesenden Vorsitzenden versicherten auch künftig ihre solidarische Hilfe und Unterstützung zu.

Am 05.05.05 beriefen wir eine Mitgliederversammlung anlässlich der 60. Wiederkehr des Jahrestages der Befreiung ein.

Unser Anliegen bestand darin, jeder Art und Form von Geschichtsfälschungen entgegenzutreten, unsere Mitglieder zu mobilisieren dafür zu wirken, auch in Zukunft den Schwur „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ zu erfüllen und zu helfen den Staffelstab an die junge Generation weiterzugeben. **Lothar Luck**

### Aus der Arbeit verbündeter Verbände

#### Es roch nicht nur ...

... nach Rache, es war ein Feldzug mit vielen Rachegefühlen, die die Justiz der BRD-Alt gegen den Sport der BRD-Neu durchgeführt hat. Getreu der Forderung von Klaus Kinkel auf dem 15. Deutschen Richtertag vom September 1991 setzte eine Verleumdungs- und Verfolgungsjagd gegen Trainer, Ärzte, Wissenschaftler und Funktionäre des Sports der DDR ein. Neben den Prozessen gegen Angehörige der NVA, der Grenztruppen, des Ministeriums für Staatssicherheit oder Juristen war auch der Sport Bestandteil des »Unrechtsstaates« DDR und seine Repräsentanten mussten auf die Anklagebank. Hunderte von Kriminalisten und Juristen aus allen Teilen der alten Bundesländer ermittelten und erhoben Anklagen. In fast zehn Jahren »Ermittlungszeit« wurden ca. 1.000 Personen des DDR-Sportes verdächtigt. Nach Hausdurchsuchungen und zwei Fragebogenaktionen (hier sollten Sportler Trainer und Ärzte denunzieren!) waren 90 Prozesse geplant, am Ende fanden neun statt. Die weit verbreitete These von der Vergabe unterstützender Mittel

– gleich Doping – gleich Körperschaden war Bestandteil der Prozesse und schließlich von Verurteilungen. Experten errechneten, dass die Kosten für diese Strafverfolgung sich bei ca. 130 Millionen DM beliefen. Dafür hätten zehn Schwimmhallen oder 50 Sporthallen gebaut werden können. In den beiden politischen Schauprozessen gegen Schwimmtrainer und Ärzte des SC Dynamo Berlin sowie gegen den schwerkranken Präsidenten des DTSB, Manfred Ewald, konnte kein gerichtsmedizinisches Gutachten für die angeblichen Körperschäden erbracht werden. Schließlich verzichtete man auf derartige Gutachten und verurteilte auf Grund von Verdächtigungen. In seiner Stellungnahme an den Vorsitzenden, Richter Bräutigam, schrieb der Gutachter, Prof. Dr. Norbert H. Rietbrock aus Lemgo, nach dem Dynamo-Prozeß: Die Enttäuschung liegt vor allem darin, dass Trainer und Mediziner wegen Körperverletzung verurteilt worden sind, die nicht nachzuweisen waren... Meine Kritik zielt vielmehr darauf ab, dass das Gericht Feststellungen getroffen hat, die teilweise im Widerspruch zum Sachverständigen-gutachten stehen.« Soweit Prof. Rietbrock. Der Bereich Sport der DDR wurde somit von Juristen und insbesondere von Journalisten sowie von selbsternannten Doping-Experten zum Gegenstand von globalen Beschuldigungen, Verdächtigungen und Verleumdungen im Stile des Kalten Krieges gemacht. Die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen DDR-Sportverantwortliche durch die Rechtsorgane der BRD sind eindeutig Akte der politischen Siegerjustiz und können im politisch-moralischen Sinne auch als eine Form der Rache wegen verlorener sportlicher Positionen bei Olympischen Spielen, Welt- und Europameisterschaften angesehen werden. Zu schwer waren die Niederlagen auf Aschenbahnen, in Schwimmhallen oder auf Rennstrecken. Der berühmte französische Dichter Anatole France schrieb einmal: »Die Justiz heiligt bestehende Ungerechtigkeiten ... Hat sie sich jemals gegen die Eroberer aufgelehnt?« Er schrieb dies vor Jahrzehnten, aber er hätte es auch heute zu Papier bringen können. Bei der **Gesellschaft zur humanitären und rechtlichen Unterstützung e.V. (GRH)** arbeitet seit Jahren eine **Arbeitsgruppe Sport**, die es sich u.a. zu ihrer Aufgabe gemacht hat, den Betroffenen juristischen Beistand zu geben und durch solidarische Handlungen die Strafe nach der Strafe mildern zu helfen. **Erhard Richter**



Der **GBM-Ortsverband Chemnitz** übermittelte folgende Pressemitteilung (Auszüge):

Eine Abordnung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., Ortsverband Chemnitz (GBM), übergab auf Initiative der IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität im Stadtverband der PDS Chemnitz kürzlich in Berlin eine Massenpetition mit über 3000 Unterschriften aus mehr als 200 Städten und Ge-

meinden der Bundesrepublik dem Vorsitzenden des Petitionsausschusses des Bundestages, Herrn Dr. Karlheinz Guttmacher.

Inhalt der Petition: Das Bundesverfassungsgericht erklärte am 22. Juni 2004, dass die Beschäftigten- und Qualifikationsstruktur im ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit, sowie in dieser Behörde erzielten Pro-Kopf- und Durchschnittseinkommen nicht hinreichend geklärt sind. Diese Unklarheiten sollen laut Bundesverfassungsgericht beseitigt werden. Entsprechende Gutachten würden, so die Vertreter von GBM, dazu dienen, noch vorhandene Rentengerechtigkeiten beheben zu können...

Mit der Petition wird der Petitionsausschuss aufgefordert, in dieser Angelegenheit im Rahmen seiner Kompetenzen tätig zu werden. Dr. Guttmacher erklärte nach der rechtlichen Prüfung der Petition, er werde dafür Sorge tragen, dass die Massenpetition im gesetzlich vorgeschriebenen Rahmen behandelt würde.

**Jonny Michel**

### Aus der Postmappe:

Seit Dezember 2004 habe ich in einer Vielzahl von Schreiben an Politiker, Abgeordnete und an einen Richter am BVerfG Schreiben gesandt, in denen ich mein Unverständnis zum anhaltenen Rentenstrafrecht und auch zu den teilweise widersprüchlichen Wertungen in den Beschlüssen des BVerfG vom 22. und 23. Juni 2004 zum Ausdruck brachte. Ein persönliches Gespräch mit dem MdB, dem SPD Abgeordneten Scheffler, bestätigte mir nur zu augenscheinlich die Doppelbödigkeit und Verlogenheit, mit denen die meisten der MdB mit diesem, unserem Rentenproblem umgehen. Immer wieder retteten sie sich in die Behauptung, dass man Rücksicht auf die »SED-Opfer« nehmen müsste. Trotz diesbezüglicher Aussage des BVerfG zu diesem Problem änderte sich an dieser Argumentation nichts.

Ich war am 12.05.05 selbst Zuschauer der Bundestagsdebatte zur Gesetzesnovelle zum AAÜG in zweiter und dritter Lesung. Eine absolute »Geisterdebatte«! Knapp 10 Prozent der Abgeordneten waren anwesend, es sprach nur Petra Pau, auf deren Einladung ich der Debatte beiwohnte, und das »ganze Haus« (Feststellung der Vizepräsidentin Vollmer), außer beiden PDS-Abgeordneten, stimmte dem Gesetz zu.

Nun kenne ich inzwischen das ganze Ausmaß dieser Gesetzesnovellierung.

Es besteht darin, dass

- die Feststellung der Grundgesetzwidrigkeit des BVerfG zum §6 des AAÜG mit dem so genannten Wertungswiderspruch umgangen wird;
- zwar E-3-Betroffene aus dem Rentenstrafrecht entlassen werden aber dieser Paragraph dadurch verschärft wird, dass all die weiter drin bleiben und Neue hinzu kommen, die in ihren Funktionen in irgend einer Art und

► Fortsetzung auf Seite 5

► Fortsetzung von Seite 4

Weise mit dem MfS/AfNS verknüpft waren, so u. a. Bezirks- und Kreiseinsatzleitungen. Liebe Freunde, nun könnten sich die, die unter den Paragraphen 7 fallen, wie auch ich, sagen, was soll's, mich berührt es sowieso nicht, da ohnehin weiter Strafrentner.

Ich sehe das ein wenig anders:

- Außer bei Paragraf 7 werden alle anderen Betroffenen für ihre gewollte oder dienstlich bestimmte Zusammenarbeit mit dem MfS/AfNS rentenrechtlich bestraft. Das MfS/AfNS ist das letztendlich Übriggebliebene der DDR, an dem alle Verunglimpfung der DDR und seiner Bürger fest gemacht wird. Und das mit aktiver Hilfe der »Birthler-Behörde«!
- Die »Bestraften« des Paragraf 6 sind auf Gedieh und Verderb mit denen des Paragraf 7 verbunden. Nur im engen Zusammengehen und im gemeinsamen Widerstand sind weitere Erfolge möglich.

*Helmut Holpert, Berlin-Treptow*

**Bei anderen gelesen:**

Presseinformation 36/05 der Volkssolidarität vom 25. Mai 2005:

**Urteil zu Ost-Renten enttäuschend**

»Das heutige Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist für viele Rentner in den neuen Bundesländern und Berlin enttäuschend«, erklärte der Präsident der Volkssolidarität, Prof. Gunnar Winkler, am Mittwoch. Damit reagierte er auf die Zurückweisung von Verfassungsbeschwerden, die sich dagegen wenden, dass die seit 1992 bei einer großen Zahl von »Ost«-Renten gewährten Auffüllbeträge und Rentenzuschläge zu keiner Zeit dynamisiert und seit 1996 mit jeder Rentenerhöhung abgeschmolzen wurden (Beschluss 1 BvR 398/97, 1 BvR 1304/98 und weitere).

Der Präsident der Volkssolidarität erklärte weiter: »Das Bemühen, Anfang der 90er Jahre im Zuge des Systemwechsels bei den Renten

durch die Auffüllbeträge größere soziale Härten zu vermeiden, kehrt sich jetzt endgültig um. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts schreibt die seit 1996 festzustellende Tendenz fest, dass Renten mit Auffüllbeträgen gar nicht mehr oder nur sehr gering ansteigen.«

Winkler verwies auf die Auswirkungen für die Betroffenen, deren Anzahl im Jahre 2004 bei Renten wegen Alters und verminderter Erwerbsfähigkeit noch über 470.000 lag, darunter fast 433.000 Frauen. »Die geringen durchschnittlichen Rentenzahlbeträge zeigen, dass es nicht um eine dritrangige Frage, sondern um ein brennendes soziales Problem geht.« So lagen laut Rentenversicherungsbericht 2004 die entsprechenden Zahlbeträge bei den Renten mit Auffüllbeträgen bei Frauen bei 541 Euro und bei Männern bei 656 Euro.

Im Hinblick auf die Bundestagswahlen kündigte Winkler an, dass die Volkssolidarität diese Frage auch in ihren Wahlprüfsteinen gegenüber den Parteien thematisieren wolle.

*V.i.S.d.P.: Dr. Bernd Niederland*

## ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

**zum 94. Geburtstag:**

Elli Enderlein, Bln.-Hschh.

**zum 92. Geburtstag:**

Karl Marquardt, Plauen

**zum 91. Geburtstag:**

Herta Bode, Magdeburg  
Frieda Schneider, Cottbus

**zum 90. Geburtstag:**

Irma Baude, Bln.-Fr'felde  
Werner Fischer, Dresden  
Walter Regel, Bln.-Hellersdorf

**zum 89. Geburtstag:**

Werner Seidel, Bln.-Mitte

**zum 88. Geburtstag:**

Hildegard Schürz, Senftenberg

**zum 87. Geburtstag:**

Friedrich Pahn, Cottbus  
Erich Walther, Strausberg

**zum 86. Geburtstag:**

Heinz Köhler, Bln.-Treptow  
Gertrud Mühlpforte, Bln.-Hschh.  
Gerhard Rätzel, Magdeburg  
Anna Marie Scheiner,  
Bln.-Prenzl.Berg

Erika Wagner, Leipzig

**zum 85. Geburtstag:**

Margarete Anders, Freital  
Heinz Busch, Magdeburg  
Herbert Hamann, Chemnitz  
Gerhard Ihm, Bln.-Köpenick  
Heinz Kaiser, Klingenthal  
Margarete Knauth, Magdeburg  
Fritz Lieske, Bln.-Lichtenberg

Rudi Marquardt, Bln.-Köpenick

Otto Maul, Aschersl./Staßfurt

Fritz Melzer, Königswalde

Elfriede Rößner, Leipzig

Elfriede Sliwanski, Leipzig

Walter Streich, Bützow

Kurt Thielemann, Chemnitz

**zum 80. Geburtstag:**

Elli Bittner, Bln.-Mitte

Ingeborg Fiedler, Bln.-Fr'hain

Heinz Fritzsche, Bln.-Fr'felde

Walter Gampe, Greiz

Margarete Hering, Pirna

Elli Killmann, Aschersl./Staßfurt

Rudi Kränzel, Bln.-Lichtenberg

Ruth Kühne, Magdeburg

Hanna Metz, Potsdam-West

Charlotte Otto, Cottbus

Joachim Pella, Bln.-Fr'hain

Günther Pönitzsch, Magdeburga

Karla Popek, Bln.-Fr'felde

Hans Rondelmann, Cottbus

Gerhard Richter, Gera

Hanna Rümmler, Rostock

Erika Schimpf, Arnsdorf

Ingeborg Steinbock, Bln.-Köp.

Helmut Torge, Bln.-Pankow

Rudi Volksdorf, Waren/Röbel

Werner Wendrock, Marienberg

Günter Wendlandt, Magdeburg

**zum 75. Geburtstag:**

Hans Agly, Aschersl./Staßfurt

Ruth Apel, Gera

Willi Bänecke, Magdeburg

Waldemar Berton, Cottbus

Paula Blaneck, Lehnitz

Gerhard Bölinger, Bln.-Marzahn

Dr. Wolfgang Burkert,

Bln.-Fr'felde

Rolf Dahlenburg, Hoyerswerda

Günter Eckhardt, Dresden

Hans-Joachim Ehlert, Strausberg

Karl Eisenbeiß, Bln.-Fr'felde

Ilse Eschrich, Suhl

Ruth Fischer, Leipzig

Horst Fitzner, Cottbus

Werner Frenzel, Aschersl./Staßfurt

Alfred Gommlich, Bln.-Marzahn

Horst Graupner, Bln.-Fr'felde

Lieselotte Grießer, Rodewisch

Dr. Heinz Grützner, Greifswald

Ingo Havemann, Dresden

Gerhard Heideck, Bln.-Hellersd.

Elisabeth Hempel, Bln.-Hellersd.

Dr. Alexander Horneburg, Sellin

Herbert Holst, Binz

Lothar Huskobla, Cottbus

Horst Idzikowski, Bln.-Hschh.

Hildegard Ilchmann, Bln.-Li'berg

Wolfgang Jahnig, Bln.-Treptow

Werner Jahnke, Bln.-Köpenick

Erwin Kalipke, Erfurt

Heinz Karow, Halle

Erwin Kaspar, Bln.-Hellersdorf

Heinz Körner, Hermsdorf

Elisabet Kraft, Bln.-Hschh.

Lothar Kretzschmar, Chemnitz

Johann Kurkotow, Cottbus

Horst Kurth, Radebeul

Jutta Lange, Magdeburg

Werner Leege, Bln.-Treptow

Harry Lenke, Bln.-Li'berg

Manfred Lochmann, Bln.-Li'berg

Günter Lohr, Bln.-Treptow

Gerhard Mäske, Greifswald

Dieter Moraske, Cottbus

Lothar Morgenstern,

Templin/Ahrensd.

Harry Müller, Cottbus

Heinz Nagler, Schwarzenberg

Gerhard Petzold, Dresden

Heinz Püschel, Eggesin

Heinz Reibholz, Leegebruch

Ursula Reinecke, Gera

Marianne Richter, Bln.-Fr'felde

Harry Ritter, Bln.-Hschh.

Werner Rudolph, Pirna

Manfred Schick, Magdeburg

Ingeborg Schirm, Bln.-Hschh.

Heinz Schlurick, Halle

Dr. Heinz Schmidt, Halle

Erwin Schulz, Schwarzenberg

Friedrich-Karl Schulz, Bernau

Dr. Wolfgang Schwanitz,  
Bln.-Mitte

Manfred Seiffert, Leipzig

Alfred Seltmann, Bln.-Marzahn

Harry Settner, Suhl

Heinz Sorge, Unterweißbach

Werner Steinmann, Saalfeld

Joachim Synowiec, Bln.-Pankow

Fred Terton, Bln.-Weißensee

Emil Uhl, Bad Brambach

Harry Ullrich, Bln.-Hellersdorf

Helmut Voigt, Bln.-Treptow

Dieter Wendt, Neuenhagen

Christa Wieland, Schildow

Karl-Heinz Winkler, Bln.-Treptow

Werner Wohlfarth, Zeulenroda

Oswald Zeinert, Cottbus



Aus aktuellem Anlass warnt die **Bundesversicherungsanstalt für Angestellte (BfA)** vor falschen Rentenbescheiden, die in der letzten Zeit an Rentenempfänger verschickt wurden.. Hierbei handelt es sich um mehr oder weniger eindeutig als Werbung erkennbare, persönlich adressierte Schreiben von in- oder ausländischen Versicherungen, Finanzdienstleistern oder Ähnlichem. In den Schreiben werden den Empfängerinnen oder Empfängern neue höhere Rentenzahlungen in Aussicht gestellt. Das geschieht meistens in Verbindung mit dem Abschluss einer Versicherung, einer Warenbestellung oder einem Gewinnspiel. Die BfA weist darauf hin, dass die gesetzliche Rentenversicherung keinesfalls der Absender dieser Werbeschreiben ist. Rentenbescheide der BfA oder eines anderen deutschen Rentenversicherungs trägers sind eindeutig als diese erkennbar. Die BfA warnt davor, auf die in den Werbeschreiben getätigten, oft unseriösen Versprechungen einzugehen und rät dazu, die Papiere einfach zu vernichten. Sofern sich jemand unsicher ist, ob es sich bei dem zugesandten Schreiben um ein offizielles behördliches Dokument oder um zu vernachlässigende, irreführende Werbung handelt, sollte er sich an eine der Auskunfts- und Beratungsstellen der gesetzlichen Rentenversicherung wenden. Für Rückfragen stehen auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des kostenlosen Servicetelefons der BfA (Berlin) unter der Rufnummer 0800-3331919 zur Verfolgung. (*Quelle: www.bfa.de 20.05.05*)

### Internetinformationen:

Helmut Holfert, TIG Treptow schrieb uns per Email:

*Ich bin nach wie vor der Meinung, keine Möglichkeit ungenutzt zu lassen, um auf die Unmöglichkeit und Ungeheuerlichkeit des Verlaufs und der Verabschiedung des Änderungsgesetzes zum AAÜG aufmerksam zu machen.*

Das von ihm an den Präsidenten und die Mitglieder des Bundesrates gesandte Schreiben kann nachgelesen werden unter:

[www.isor-sozialverein.de/Aus\\_unseren\\_TIG](http://www.isor-sozialverein.de/Aus_unseren_TIG)



Der Vorstand der TIG Rostock wandte sich in einem Beitrag an die Mitglieder der TIG, in dem er sich für die Aktivitäten der vergangenen Monaten und die erwiesene Solidarität bedankte.

Der Beitrag kann nachgelesen werden unter: [www.isor-sozialverein.de/Aus\\_unseren\\_TIG](http://www.isor-sozialverein.de/Aus_unseren_TIG)

### Auf dem Büchermarkt:

Drei Biografien von Vereinsmitgliedern möchten wir heute vorstellen:

► **»Ostprodukt Baujahr 1924«** von Hans Frobin ist im Nora-Verlag erschienen. ISBN 3-935445-71-7 broschiert – 218 Seiten.

Der Autor stellt selbst sein Buch vor. Es ist *»ein Buch, welches meine Geschichte aus meiner Perspektive darstellen soll.*

*Das Büchlein sollte ursprünglich an meine Kinder und Enkel gerichtet sein und ist aus der Sicht eines Arbeiters geschrieben. Mein Bestreben war daher, unkompliziert und mit einem Schuss Humor zu schreiben* – was ihm auch weitgehend gelungen ist.

► Auch Horst Glaser widmet seine Memoiren insbesondere seiner Tochter und seinen Enkeln, denen er damit Antworten auf Fragen zu seiner Vergangenheit geben will.

Das Buch ist unter dem Titel **»Wir wurden nicht gefragt – Kritische Reflexionen eines Pommernvertriebenen«** im GNN Verlag erschienen. Preis 9,50 EURO

ISBN 3-89819-182-6 broschiert – 158 Seiten. Im Vorwort schreibt der Autor: *»Dem Leser gewähre ich einen Einblick in meine Biographie, die durch die Vertreibung aus meiner Heimat – Pommern – wesentlich geprägt wurde.*

*Ich schreibe dieses Buch auch mit dem Ziel, späteren Generationen meine Erlebnisse und Erfahrungen zu vermitteln, weil besonders meine Generation und die meiner Eltern ›Spielball‹ der Mächtigen im zwanzigsten Jahrhundert – wie kaum eine andere Generation vorher und nachher – war.«*

► Das dritte Buch stammt von Gerhard Block und trägt den Titel **»Verraten und verkauft – Memoiren eines Unverbesserlichen«**. NORA-Verlag – ISBN 3-86557-010-0

In einer im ND dazu veröffentlichten Rezension heißt es u. a.: *Er nennt sich einen »Unverbesserlichen«. Aus seinem kleinen Büchlein erfährt man, wie sich seine sozialistischen Überzeugungen bildeten, von seinen kritischen Gedanken, seinem Eigensinn – auch von tragischen Schicksalswendungen... Blocks Postlaufbahn war durch einige Jahre bei der Auslandsaufklärung der DDR 1957 bis 1964 unterbrochen...*

Seine Tätigkeit als »Resident« in der BRD fand ihr jähes Ende durch Verrat und Haft.

Freiheit und Rückkehr in die DDR im Rahmen des damaligen »Agentenaustausches«.

Es ist die Schilderung eines nicht alltäglichen Lebens, aufgeschrieben von einem Mann, der seinen Idealen treu geblieben ist.

### Von Mitglied zu Mitglied:

**Hüfingen-Sumpfohlen** – Sonnige 3 Zimmer FEWO im Erdgeschoss bis 4 Pers. Nähe Donaueschingen zwischen Schwarzwald und Bodensee. Tel. 0771-89 68 099



Wir trauern um unsere  
verstorbenen Mitglieder



BERND EBERT, Halle  
GÜNTHER FECHNER, Bln.-Friedrichsfelde  
CLAUS GIESE, Pdm.-Schlaatz  
HANS KLABUNDE, Bln.-Pankow  
UWE KLUGMANN, Bln.-Hellersdorf  
FRITZ KOMNICK, Salzwedel  
FRITZ LÖSCHE, Dresden  
DIETER MARQUARDT, Feldberger Seenl.  
OTTO MÜLLER, Pdm.-Schlaatz  
GERTRAUD NAGEL, Delitz a. B.  
PETER PLANK, Lobenstein  
CHRISTINE PREISSING, Bln.-Treptow  
GÜNTER PUCHERT, Frankfurt/O  
WALLY REICHELT, Neubrandenburg  
FRANK ROTTMUND, Pdm.-Drewitz  
WERNER SCHAARSCHMIDT, Chemnitz  
JOSEF SEIFERT, Pdm.-Babelsberg  
ARNO THIMM, Riesa  
URSULA VOGEL, Halle  
HEINZ WAGNER, Bln.-Marzahn

### Ehre ihrem Andenken.

### Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

**ISOR aktuell** dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 25.05.2005

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 29.06.2005

Einstellung im Internet: 08.07.2005

Auslieferung: 14.07.2005

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 -10324 Berlin

e-mail: [ISOR-Berlin@t-online.de](mailto:ISOR-Berlin@t-online.de)

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Donnerstags von 15 bis 18 Uhr